

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE KOOPERATION IN DER SICHERHEITSPOLITIK

Getrennte Wege?

RONJA KEMPIN || Deutschland und Frankreich tun sich schwer, dem europäischen Integrationsprozess in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik neue Impulse zu verleihen. Zu deutlich treten die Unterschiede zwischen beiden Ländern in Erscheinung. Vor dem Hintergrund der gleichen Probleme und Herausforderungen, vor allem aber der Krisen in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU, ist eine politische Führung Deutschlands und Frankreichs dringend notwendig.

Ziehen Deutschland und Frankreich an einem Strang, bringen sie Europa voran. Diese Gleichung scheint einmal mehr auch für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu gelten. Anfang April 2015 übersandten die Außen- und Verteidigungsminister beider Länder einen Brief an die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini. Darin fordern sie die EU-Außenbeauftragte auf, den im Juni 2015 anstehenden EU-Gipfel zu nutzen, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) voranzutreiben. Bereits im Dezember 2013 hatten die 28 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten darüber beraten, wie die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Union gestärkt werden könnte. Aktuell fordern Paris und Berlin, dass sich die EU eine neue Sicherheitsstrategie geben und ihre Fähigkeit verbessern solle, schnell auf Konflikte zu reagieren. Mitunterzeichnet haben den Brief auch die Außen- und Verteidigungsminister Polens – angesichts der Krise um die Ukraine ein deutliches Zeichen der Solidarität Deutschlands und Frankreichs an die mittel- und osteuropäischen EU-Staaten.¹

Bereits im Februar 2015 haben Deutschland und Frankreich ihre Führung eindrucksvoll unter

Beweis gestellt. In Minsk ist es Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident François Hollande in direkten Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Vladimir Putin gelungen, die Kämpfe in der Ost-Ukraine zu beenden und die Waffen in Europa zum Schweigen zu bringen. Beide Ereignisse vermögen indes nicht darüber hinwegzutäuschen, dass es Deutschland und Frankreich immer schwerer fällt, ihrer bilateralen Zusammenarbeit ebenso wie dem europäischen Integrationsprozess in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik neue Impulse zu verleihen. Vielmehr treten die traditionellen Unterschiede in den sicherheits- und verteidigungspolitischen Grundeinstellungen beider Länder wieder offen zu Tage. Sie erschweren es den Akteuren beiderseits des Rheins, Gemeinsamkeiten zu finden und den politischen Willen zur Kooperation aufzubringen.

VERNUNFTEHE MIT BEEINDRUCKENDEN ERGEBNISSEN

Über vier Jahrzehnte arbeiten Berlin und Paris nunmehr militärisch zusammen. Das Transportflugzeug Transall, die Airbus-Gruppe sowie die Deutsch-Französische Brigade zeugen vom Willen der politischen Verantwortungsträger, beide Länder auch in der Sicherheits- und

Verteidigungspolitik enger aneinander zu binden. Vom deutsch-französischen Integrationsstreben profitierte auch die Europäische Union mit ihrer GSVP. Die Aufstellung der EU-Battle-groups geht ebenso auf einen Vorschlag beider Staaten zurück wie der Aufbau der Krisenmanagementstrukturen der Union.

Unterschiedliche Ausrichtungen

Dabei firmiert die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit jeher unter dem Begriff der „Vernunftte“. Zu unterschiedlich sind beide Partner hier in ihren Schwerpunktsetzungen, als dass sich in diesem Politikfeld eine natürliche Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich herausbilden könnte. Trennend wirken insbesondere die Unterschiede in den strategischen Kulturen, dem internationalen Status und dem Verhältnis beider Länder zu den Vereinigten Staaten von Amerika und der von Washington dominierten Nordatlantischen Vertragsgemeinschaft (NATO). Während Frankreich am Ende des Zweiten Weltkriegs zum ständigen Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ernannt wurde und den Status einer gestaltenden Macht der internationalen Beziehungen zugesprochen bekam, fand sich Deutschland geteilt und seiner staatlichen Souveränität enthoben wieder.

Die Schlussfolgerungen, die beide Seiten aus dieser verschiedenartigen Ausgangslage zogen, fielen naturgemäß unterschiedlich aus. In Paris entschieden die Regierungsverantwortlichen, dem universellen Gestaltungsanspruch ihres Landes am besten gerecht werden zu können, wenn sie ihr Land mit größtmöglicher Unabhängigkeit in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen ausstatten. Der Aufbau einer nuklearen Verteidigungskapazität, die Verlagerung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungsgewalt auf den Staatspräsidenten, die enge Verbindung von Staat und Rüstungsindustrie sowie die 1966 beschlossene Herauslösung französischer Streitkräfte aus der militärischen Integration der Atlantischen Allianz waren hierbei zweifelsfrei die wichtigsten Schritte. Dieser Haltung diametral entgegen liefen die deutschen Entschlüsse, die darauf gründeten, die sicherheits- und verteidigungspoliti-

sche Eigenständigkeit des Landes maßgeblich einzuschränken. Allein über die Integration in die Atlantische Allianz war es der Bundesrepublik Deutschland möglich, Streitkräfte auszuprägen. Die Begrenzung der Aufgaben der Bundeswehr auf die Verteidigung des Bündnisgebietes war das Signal an die Partner, Deutschland werde militärisch niemals wieder unilateral handeln.²

Enge Verzahnung

Diesen Unterschieden in den sicherheits- und verteidigungspolitischen Grundausrichtungen zum Trotz ist es Deutschland und Frankreich gelungen, ein einzigartiges Netz militärischer Kooperationsbeziehungen aufzubauen und entscheidende Akzente für die Streitkräfteintegration in Europa zu setzen. Der europäische Integrationsprozess diente beiden Seiten als strategischer Hebel für die Förderung ihrer partikularen Interessen. Frankreich eröffnete er die Chance, die Machzuwächse eines politisch wie wirtschaftlich erstarkenden Deutschlands auszubalancieren und die eigene Führungsrolle aufrechtzuerhalten und für die Bundesrepublik repräsentierte Europa die entscheidende Plattform für die Rückerlangung staatlicher Souveränität sowie eines gleichberechtigten Platzes in der Staatenwelt. Er sollte gleichsam zum zentralen Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich werden.

Zu den wichtigsten bilateralen Kooperationsprojekten zählen die Deutsch-Französische Brigade und die Ecole Franco-Allemande. Noch heute ist die Deutsch-Französische Brigade der einzige integrierte Großverband der Welt, der einsatzfähig ist. Die etwa 5.500 Mann starke Brigade setzt sich zusammen aus einem gemischten Brigadestab sowie einem gemischten Versorgungsbataillon, einem französischen Infanterie- und einem Aufklärungsregiment, einem deutschen Jäger- und einem Artilleriebataillon und einer deutschen Panzerpionierkompanie. In der Ecole Franco-Allemande, die mit der Einführung des Kampfhubschraubers Tiger eingerichtet wurde, werden französische und deutsche Piloten und Techniker an dieser Fähigkeit gemeinsam ausgebildet (Pilotenausbildung in LeLuc-en-Provence; Techniker Ausbildung in Faßberg / Niedersachsen). Das Ergebnis der ver-

nunftgetriebenen bilateralen Zusammenarbeit ist bemerkenswert. Kaum ein anderes Staatenpaar unterhält so intensive, vielfältige und vor allem langfristige Kooperationsbeziehungen zwischen seinen Streitkräften wie Deutschland und Frankreich.³

GLEICHE PROBLEME UND HERAUSFORDERUNGEN

Die Dynamik des deutsch-französischen Duos nahm aber in den vergangenen Jahren spürbar ab. Dabei sind beide Länder mit den gleichen Problemen und Herausforderungen konfrontiert.

Frankreichs Streitkräfte stehen gut da: Im April 2015 waren knapp über 7.000 französische Streitkräfte im Auslandseinsatz. Seit Februar 2015 ist der Flugzeugträger „Charles-de-Gaulle“ am Kampf gegen die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) beteiligt. Diesen hat Paris im September 2014 mit der Operation „Chammal“ (kräftiger Nordwestwind, der im Irak häufig Sandstürme auslöst) begonnen. 3.200 Militärs bestreiten ihn von Jordanien aus, wo sechs Mirage-Kampfflugzeuge stationiert sind, aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo das Land seit 2009 eine Militärbasis mit etwa 700 Soldaten unterhält und nun auch von der See aus. Wenige Wochen zuvor hatte Paris die Anti-Terroroperation „Barkhane“ (Sicheldüne) im Sahel- und Sahararaum begonnen. Seit August 2014 sind 3.000 Soldaten mit schwerem Gerät von Mali und Tschad, ab 2015 auch vom Niger aus im Einsatz. In der Ukraine hat die Regierung Aufklärungsdrohnen zum Einsatz gebracht; Spionageboote der Marine patrouillieren im Schwarzen Meer.⁴

Im Unterschied zu diesem Engagement wirkt die militärische Präsenz Deutschlands bescheiden. Die knapp 2.500 Soldaten der Bundeswehr sind mehrheitlich in den bereits seit Jahren laufenden NATO-Operationen in Afghanistan (832 Kräfte), im Kosovo (676) sowie in der Türkei (257) eingesetzt. Der EU stellt Deutschland 311 Einsatzkräfte für ihren Kampf gegen die Piraterie am Horn von Afrika zur Verfügung. Stark engagiert ist die Bundeswehr zudem im Rahmen der EU-Trainingsmission in Mali (163).⁵

Ausrüstungsmängel diesseits wie jenseits des Rheins

Ende September 2014 horchte Deutschland auf: Im ihrem zehnteiligen Bericht „Materielle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“ legten die Inspektoren von Heer, Luftwaffe und Marine dem Deutschen Bundestag dar, dass die fliegende Bundeswehrflotte fast nicht mehr einsatzfähig ist. So stünden dem Heer lediglich 10 von 31 Tiger-Kampfhubschraubern zur Verfügung, von den 33 NH90-Transporthubschraubern seien nur 8 einsatzbereit. Zwischen dem so genannten Buchbestand der Luftwaffe und den tatsächlich zur Verfügung stehenden Flugzeugen klaffte eine ähnlich große Lücke: Von den 109 Eurofighter-Kampffjets seien nur 42 einsatzbereit, bei den Tornados seien es 38 von 89. Die altersschwache Flotte der Transportflieger vom Typ Transall weist von 56 Maschinen noch 24 flugfähige Modelle auf.⁶ Deutschland, so musste das Verteidigungsministerium einräumen, sei in einem NATO-Krisenfall nicht in der Lage, die zugesagten Flugzeuge und Hubschrauber bereitzustellen.⁷

Kaum waren die deutschen Ausrüstungsmängel verdaut, drangen auch in Paris Berichte an die Öffentlichkeit, wonach in der französischen Armee bestenfalls 31 % der Panzer, 30 % der Flugzeuge und 44 % aller Hubschrauber einsatzfähig seien. Die Hälfte der Fregatten und 42 % der U-Boote stünden der französischen Marine im Einsatzfall nicht zur Verfügung. Trainingszeiten wie internationale Verpflichtungen könne auch Frankreich kaum mehr einhalten. Den Piloten seiner Luftwaffe seien lediglich 150 Flugstunden pro Jahr möglich, obgleich der entsprechende NATO-Standard bei 180 Stunden liege. Auch die Schiffe der Marine seien lediglich 80 Tage auf See – 20 weniger als in der Atlantischen Allianz vereinbart. Im Heer ist eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ entstanden: 60 % der Soldaten sind im Falle eines Einsatzes ausreichend trainiert und ausgestattet. Die übrigen Heeressoldaten können lediglich alle 6 bzw. 12 Monate ein für den Auslandseinsatz notwendiges Training durchlaufen.⁸

Knappe Kassen

Die politische Klasse in Frankreich wird jedoch nicht müde zu betonen, ihr Land werde

seine Stellung als Militärmacht aufrechterhalten. Ranghohe Militärs geben indes an, Frankreichs Streitkräfte „gehen auf dem Zahnfleisch“. Wie in Deutschland reichen auch in Frankreich Personalreduzierungen und Standortschließungen längst nicht mehr aus, um eine überfällige Modernisierung der Ausrüstung zu finanzieren. Die finanziellen Engpässe des Landes zwangen Präsident Hollande bereits im Juli 2012 – knapp acht Wochen nach seinem Amtsantritt – dazu, ein neues Verteidigungsweißbuch anzufordern. Ausgangspunkte der bisherigen stellten bedeutende Veränderungen des strategischen Umfelds dar: die Verschlechterung der Ost-West-Konfrontation (1972), die Beendigung des Kalten Krieges (1994) oder die Bedrohung des internationalen Terrorismus, welche eine Verknüpfung von Verteidigung und nationaler Sicherheit bedingte (2008). Das am 29. April 2013 veröffentlichte vierte Weißbuch des Landes dient indes allein dem Ziel, Frankreich ein finanzierbares sicherheits- und verteidigungspolitisches Projekt aufzuzeigen.

Es geht mit drastischen Einschnitten einher. Frankreich gibt seinen Anspruch auf, global einsatzfähig zu sein und verringert seine operativen Ziele. Militärmacht will es bleiben – eine europäische, die Konflikten an der Peripherie des Kontinents effektiv begegnen kann. Bereits 2008 wurde der Anspruch aufgegeben, bis zu 30.000 Bodentruppen und 70 Kampfflugzeuge im Rahmen einer größeren Operation einsetzen zu können. Seit 2013 sehen die Planungen allein Operationen kleineren Umfangs vor. Eine 5.000 Personen umfassende, schnell einsatzfähige Truppe wird aufgebaut, aus der kurzfristig Verbände von 2.300 Soldaten für Operationen von bis zu sieben Tagen Dauer formiert werden können. Für längerfristige Einsätze des Typs Serval in Mali werden 7.000 Bodentruppen mit zirka 12 Kampfflugzeugen, einer Fregatte, einem Jagd-U-Boot sowie einem Transport- und Kommandoschiff und auch Spezialeinheiten zur Verfügung stehen. Dieses Kontingent soll auf drei Operationsfelder gleichzeitig verbracht werden können. Schließlich werden ein Heeresverband von zwei Brigaden mit 15.000 Soldaten, bis zu 45 Kampfflugzeugen, einem Flugzeugträger, zwei Transport- und Kommandoschiffen sowie Spezialeinsatzkräften für größere Opera-

tionen, etwa zur Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen, zur Verfügung stehen.⁹

Darüber hinaus werden die Fähigkeiten der Streitkräfte reduziert. Im Heer geht die Anzahl der Leclerc-Panzer um 50 Stück auf 200 zurück. Die Luftwaffe erhält lediglich 225 anstelle der geplanten 300 Rafale- und Mirage-Kampfflugzeuge. Sie muss die Lebensdauer ihrer Mirage-Kampfflugzeuge verlängern, die einem so genannten „retrofit“ unterzogen werden. Die Auslieferung ihrer strategischen Lufttransportflugzeuge wird auf das Jahr 2017 verschoben und die Anzahl taktischer Transportkapazitäten von 70 auf 50 reduziert. Die Marine wird 16 neue Fregatten erhalten, zwei weniger als im Weißbuch von 2008 veranschlagt. Um die Kosten weiter zu senken, verkleinert Frankreich schließlich auch seine Streitkräfte. Die unter der Regierung von Nicolas Sarkozy eingeleitete „Deflation des Personalbestandes“ wird fortgesetzt. 2008 wurde beschlossen, 54.000 Dienstposten abzuschaffen. Im Weißbuch 2013 wurde festgesetzt, bis 2019 weitere 34.000 Positionen einzusparen. Binnen zehn Jahren hätten die französischen Streitkräfte so ein Viertel ihres Personals verloren.

Die terroristischen Anschläge des 7., 8. und 9. Januar 2015 auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“, zwei Polizisten sowie einen jüdischen Supermarkt veranlassten die Regierung von Präsident Hollande hier jedoch zu einer Kurskorrektur. Am 29. April 2015 gab der Präsident, der in Frankreich zugleich oberster Befehlshaber der Streitkräfte ist, eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes bekannt: In den Jahren 2016 bis 2019 wird die französische Armee 3,8 Mrd. € zusätzliche Mittel erhalten. Das bislang geltende „Militärische Programmgesetz 2014-2019“ sah vor, das Budget von 31,4 Mrd. € erst 2017 anzuheben – auf 31,7 Mrd. €. Darüber hinaus werden die Personaleinsparungen reduziert. Die Hälfte der 34.000 Dienstposten bleibt vorerst erhalten. Mit ihnen will Frankreich seinen Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Inneren wie im Ausland erfolgreich bestreiten.¹⁰ Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Französische Experten gehen davon aus, dass das Haushaltsvolumen des Verteidigungsministeriums 2015 deutlich unter 30 Mrd. € liegen wird. 5-7 Mrd. € des Budgets fehlten.¹¹

Die deutschen Streitkräfte stehen vergleichsweise besser da. Mitte März 2015 legte Finanzminister Schäuble die Eckpunkte der mittelfristigen Haushaltplanung vor. Danach soll die Bundeswehr in den Jahren 2016 bis 2019 insgesamt 8 Mrd. € mehr erhalten, als bislang vorgesehen. Wird diese Planung im November vom Deutschen Bundestag angenommen, entspräche dies einem Zuwachs des Verteidigungsetats von 6,2 %. Im Jahr 2016 stünden dem Verteidigungsministerium 34,2 Mrd. € zur Verfügung; 2019 beläufte sich der Verteidigungsetat auf 35 Mrd. €. ¹² Er läge damit gut 3 Mrd. € über den Ausgaben, welche Frankreich für seine Streitkräfte aufwendet.

Doch sind auch die deutschen Streitkräfte mit umfangreichen Änderungen konfrontiert. Im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr wurde der Wehrdienst in Deutschland ausgesetzt und die Streitkräfte wurden von 220.000 auf 185.000 verkleinert. Das Heer musste etwa zwei Großverbände auflösen, die Zahl der Brigaden verringerte sich von elf auf acht. Auch die Ausrüstung der Streitkräfte wurde im Zuge der Umsetzung der Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 verringert. Im Heer wurde der Bestand des Kampfpanzers Leopard 2 von 350 auf 225 reduziert. Vom Schützenpanzer Puma wird die Bundeswehr nur 350 statt der ursprünglich vorgesehenen 410 Exemplare beschaffen. Des Weiteren wurde bei der Luftwaffe die geplante Stückzahl des Eurofighters von 177 auf 140 Flugzeuge gesenkt, beim A400M von ursprünglich 60 auf 40. Der Bestand der Tornado-Flotte wurde von 185 auf 85 Waffensysteme abgebaut, die 80 C-160 Transall auf 60. Auf die Einführung des Flugabwehrsystems MEADS wurde in Gänze verzichtet, das Luftabwehrsystem Patriot von 29 auf 14 Systeme reduziert. ¹³

GERINGE KOOPERATIONSGEWINNE

Die ähnlich gelagerten Probleme führen Deutschland und Frankreich gleichwohl nicht zusammen. Kooperationsgewinne werden auf beiden Seiten zu selten gesucht und zumeist nicht gefunden. Vielmehr entscheiden Frankreich und Deutschland vor dem Hintergrund nationaler Interessen und Präferenzen. Der Schulterchluss wird zu einer politischen Rarität.

Frankreich verlegt sich mehr und mehr auf seine Rolle der militärischen (Groß-)Macht, welche, den Idealen der Französischen Revolution folgend, der Welt Freiheit und Gerechtigkeit bringt. Entsprechend ist Paris in nahezu allen Konfliktherden präsent. Dies gelingt jedoch nur, weil die französischen Regierungsverantwortlichen ihre Streitkräfte immer wieder aus multilateralen Einsätzen herausnehmen. An den EU-Operationen, die zumeist auf Betreiben Frankreichs zustande kamen, beteiligt es sich mit 536 Militärs (Deutschland 484). Im Rahmen der EU-Operation EUNAFOR Atalanta reduzierte Frankreich seine Einsätze zwischen 2012 und 2014 um drei Viertel. Berlin stellt der Operation drei Mal mehr Schiffstage zur Verfügung als Paris. In Mali wird Paris im Sommer 2015 in der Trainingsmission EUTM 55 Dienstposten aufgeben und es wird mit lediglich 11 Kräften vertreten bleiben. Zum gleichen Zeitpunkt plant Deutschland als größter Truppensteller, die Leitung der Operation zu übernehmen und das deutsche Dispositiv von 160 auf etwa 180 Soldaten anzuheben. In der Zentralafrikanischen Republik ist die EU seit dem 1. April 2014 engagiert. EUFOR RCA soll als Überbrückungsmission die Mission MISCA der Afrikanischen Union (AU) und die französische Operation Sangaris unterstützen und den Aufbau einer umfassenden VN-Friedensmission ermöglichen. Während die EU-Mitgliedstaaten im November 2014 eine Verlängerung der Mission um drei Monate beschlossen, kündigte Paris an, seine Präsenz im Land von 2.000 auf 1.000 Kräfte zu halbieren. Paris begründete diese Schritte mit der strategischen Autonomie des Landes.

Deutschland hingegen beteiligt sich zunehmend an multilateralen Einsätzen der EU oder der NATO. Seine jüngsten außen- und sicherheitspolitischen Initiativen zielen darauf ab, internationale Organisationen zu stärken. In der Krise um die Ukraine setzt Berlin auf die Vermittlungskraft der Organisation für Zusammenarbeit in Europa (OSZE), deren Vorsitz es 2016 übernehmen wird. In der Atlantischen Allianz hat sich das Land zur Übernahme einer führenden Rolle beim Aufbau der NATO-Speerspitze verpflichtet. Deutschland wird fast die Hälfte des Personals dieser internationalen schnellen

Eingreiftruppe stellen, welche die Ostflanke des Bündnisses stärken soll.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass es Paris und Berlin kaum noch gelingt, über eine symbolische Kooperation hinauszugehen. Deren Ergebnis wird jedoch eher Frust als Vertrauen zum Ergebnis haben, wie das Beispiel der Fallschirmjäger-Ausbildung verdeutlicht. Deutschland und Frankreich wollen ihre Experten gemeinsam trainieren, nutzen jedoch verschiedenartige Modelle und Ausbildungen. Die Quadratur des Kreises scheint zu misslingen: Deutschland will seine Schirme nicht zugunsten derjenigen Frankreichs aufgeben, während Frankreich seine Ausbildung nicht an den längeren deutschen Zyklus anpassen mag.¹⁴

DEUTSCH-FRANZÖSISCHE INITIATIVEN GEFORDERT

Das Auseinanderdriften Deutschlands und Frankreichs ist keine gute Nachricht für Europa. Angesichts der Vielzahl an sicherheitspolitischen Herausforderungen sind die EU-Staaten mehr denn je gefordert, gemeinsam zu agieren. Kein Mitgliedsland kann die Krisen allein bearbeiten. Nur im Konzert wird es möglich sein, ihnen zu begegnen und die Bürger in der EU zu schützen. Berlin und Paris können es daher nicht dabei belassen, die EU-Außenbeauftragte zum Handeln zu ermahnen. Vielmehr sollten sie sich aktiv in die Weiterentwicklung der GSVP einbringen. Seit jeher verbinden Frankreich und Deutschland auch mit der GSVP unterschiedliche Ziele. Während Paris ein Zusammenwirken der EU-Mitgliedstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorrangig unter dem Gesichtspunkt der militärischen Kräfte- und Fähigkeitengenerierung befürwortet, stehen für Deutschland Aspekte der Integration im Vordergrund. Auch hier ist die Kluft zwischen beiden Partnern in der Vergangenheit gewachsen. Frankreich fand in Berlin lange Zeit keinen Ansprechpartner im Bereich der Rüstungszusammenarbeit und wandte sich Richtung Großbritannien ab. Deutschland trieb die konzeptionelle Weiterentwicklung der GSVP – etwa durch Initiativen zur Umsetzung des Comprehensive Approach – ohne Paris voran. Dies hat beiden Seiten nicht zum Vorteil gereicht. Den Europä-

ischen Rat im Juni 2015, der sich dem Thema Sicherheit und Verteidigung annehmen wird, sollten Paris und Berlin daher zum Anlass nehmen, Maßnahmen zur Fortentwicklung des europäischen Handlungsrahmens zu nutzen. Die anvisierte Neufassung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) bietet hier eine gute Gelegenheit für einen bilateralen Input. Die gemeinsame Analyse der strategischen Herausforderungen ist der erste Schritt zu mehr Gemeinsamkeit. Aus ihr können die beiden wichtigen Akteure in der EU dann konkrete Integrationsprojekte für die Streitkräfte ableiten.

DR. RONJA KEMPIN

Senior Fellow, Forschungsgruppe EU / Europa,
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

ANMERKUNGEN

- ¹ Brief der Verteidigungs- und Außenminister des Weimarer Dreiecks an die EU-Außenbeauftragte, www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYvBCsIwEET_aDdREPRmqVCvPaj1lrYhrDSbsm7qxY83OTgD7zCPwSeWstsoOKXEbsEHDhOdXgMcQvwSlNKCpGY3uqFcsR7_cwepsReK9WzUmEQp0lgTaJLNvmkGKAZB2Pbxljzj_0eb5euO9jdvr02Pa4xnn9Z8X7F/, Stand: 5.5.2015.
- ² Kempin, Ronja: Die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Vernunftfehe vor dem Aus?, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 2/2012, S. 203-214.
- ³ Gareis, Sven / Leonhard, Nina: Die deutsch-französische Militärkooperation: Speerspitze europäischer Streitkräfte?, in: Frankreich Jahrbuch 2010, hrsg. von Frank Baasner u. a., Wiesbaden 2011, S. 177-188.
- ⁴ Ministère de la Défense: Carte des opérations extérieures, 20.4.2015, www.defense.gouv.fr/operations/rubriques_complementaires/carte-des-operations-exterieures, Stand: 7.5.2015.
- ⁵ Bundeswehr: Einsatzzahlen – Die Stärke der deutschen Einsatzkontingente, 27.4.2015, www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP315EyrpHK9pPKUUVL3UzLzixNSSKiirpKoqMSMnNU-INtREQD2RLYK/, Stand: 7.5.2015.
- ⁶ Die vollständige Mängelliste ist zu finden unter: Gebauer, Matthias: Von der Leyens Truppe leitete Offenbarungseid, in: Spiegel Online, 24.9.2014, www.spiegel.de/politik/deutschland/bundeswehrschwere-maengel-bei-ausruestung-a-993530.html, Stand: 5.5.2015.

- ⁷ Ausrüstungsmängel: Bundeswehr kann Zusagen an NATO nicht erfüllen, in: Lausitzer Rundschau Online, 29.9.2014, www.lr-online.de/nachrichten/Tagesthemen-Ausruestungsmaengel-Bundeswehr-kann-Zusagen-an-Nato-nicht-erfuellen;art1065,4756489, Stand: 5.5.2015.
- ⁸ Sommer, Theo: Zeit für eine Europäische Armee, in: Zeit Online, 25.11.2014, www.zeit.de/politik/aufland/2014-11/militaer-frankreich, Stand: 5.5.2015.
- ⁹ Ministère de la Défense: Livre blanc sur la Défense et la Sécurité nationale 2013, www.defense.gouv.fr/actualites/memoire-et-culture/livre-blanc-2013, Stand: 5.5.2015.
- ¹⁰ Revault d'Allonnes, David / Roger, Patrick: Défense: und rallonge de 3,8 milliards d'euros, in: Le Monde, 30.4.2015.
- ¹¹ Kempin, Ronja / Watanabe, Lisa: Frankreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik ohne Strategie. Deutsch-französische Initiativen anstelle eines französischen Aktionismus, SWP-Aktuell A04/2015, www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2015A04_kmp_wtn.pdf, Stand: 5.5.2015.
- ¹² Fried, Nico: Acht Milliarden Euro für die Bundeswehr, in: Süddeutsche Zeitung, 18.3.2015, S. 4.
- ¹³ Bundeswehr: Die Neuausrichtung der Bundeswehr, www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/!ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK9pPKUVL3ikqLUzJLsosTUtJJUvzbU0vTU4pLEnJLsvHT9gmxHRQDtEd32/, Stand: 5.5.2015.
- ¹⁴ Dickow, Marcel / de France, Olivier / Linnenkamp, Hilmar / Maulny, Jean-Pierre: French and German Defence: The opportunities of transformation, in: Iris Notes, März 2015, <http://www.iris-france.org/wp-content/uploads/2015/03/IRIS-Note-march-2015-IRIS-SWP.pdf>, Stand: 7.5.2015.